

06/07

Berlin, 29. Januar 2007

Forschen mit privaten Partnern in der Universitätsmedizin

Die klinische Forschung an den Medizinischen Fakultäten stellt aus Sicht des Wissenschaftsrates ein Gebiet mit wachsendem Potenzial für „Public Private Partnerships“ (PPP) in der Universitätsmedizin dar. Bei diesen vertraglich geregelten öffentlich-privaten Partnerschaften werden Kompetenzen und Ressourcen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung zusammengeführt. Die neuen Möglichkeiten einer individuellen Medizin mit stärker personalisierter Diagnostik und Therapie bieten vermehrt Anknüpfungspunkte für Kooperationen zwischen Universitäten und medizintechnologischer und pharmazeutischer Industrie.

„Die Kooperationssituation mit den Unternehmen der Medizintechnik stellt sich vergleichsweise gut dar“, erklärt Professor Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates. „Nachholbedarf sehen wir vor allem bei Kooperationen mit der pharmazeutischen Industrie. Eine größere Bereitschaft der Unternehmen zur grundlagenorientierten Zusammenarbeit ist wichtig, um bei der Arzneimittelentwicklung keine Innovationslücken entstehen zu lassen.“ Auf Seiten der Medizinischen Fakultäten sollte dafür der Verwertungsrelevanz wissenschaftlicher Erkenntnisse eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zudem ist eine Professionalisierung der hierfür erforderlichen universitären Strukturen dringend geboten. Eine Steigerung der Kooperationsbereitschaft auf beiden Seiten setzt darüber hinaus neben einem grundsätzlich vereinfachten Personalaustausch auch einen erkennbaren Ausbau der Aus- und Weiterbildungsangebote voraus.

Mit den vorliegenden Empfehlungen zu PPP auf dem Gebiet der Forschung schließt der Wissenschaftsrat an seine Empfehlungen für die Einbindung privater Unternehmen in die Universitätsmedizin auf dem Gebiet der Krankenversorgung an, die er im Januar 2006 vorgelegt hat.

Hinweis: Die „Empfehlungen zu Public Private Partnerships (PPP) in der universitätsmedizinischen Forschung“ (Drs. 7695-07) werden im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie können aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: kling-mathey@wissenschaftsrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>